

27.01.2017

Wieder ein Störfall: BBU fordert Aus für AKW Grohnde

(Bonn, Hannover, 27.01.2017) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat erneut die sofortige Stilllegung des niedersächsischen Atomkraftwerkes Grohnde gefordert. Grund dafür ist die Mitteilung von heute Nachmittag des niedersächsischen Umweltministeriums, dass es am gestrigen Donnerstag (26. Januar) zu einem Störfall im AKW Grohnde gekommen ist. Laut Umweltministerium kam es "zum Ausfall einer elektronischen Baugruppe in einem von vier Strängen des Reaktorschutzsystems". Weiter heißt es in der Mitteilung des Ministeriums: "Durch die Funktionsstörung standen somit zwischenzeitlich von insgesamt vier Sicherheitsteileinrichtungen nur die zur Störfallbeherrschung notwendigen zwei zur Verfügung."

Die Untersuchung der Baugruppenstörung wurde veranlasst und Niedersachsens Umweltminister Wenzel will nach Vorlage der Untersuchungsergebnisse "über weitere gegebenenfalls notwendige Maßnahmen" entscheiden"

Für Udo Buchholz vom BBU-Vorstand steht fest, dass es nur eine Konsequenz geben kann, das sofortige und endgültige Aus für das AKW Grohnde. Buchholz betont: Im AKW Grohnde gab es immer wieder Störfälle. Jetzt muss Minister Wenzel von seinem Recht Gebrauch machen und die Betriebsgenehmigung entziehen." Buchholz vertritt zudem die Meinung, dass die Aufhebung der Betriebsgenehmigung auch aus anderen Gründen erforderlich ist: Es gibt keine sichere Entsorgung für den Müll, der im AKW Grohnde anfällt und das AKW würde wohl einen gezielten Anflug durch ein Militärflugzeug nicht aushalten.

Erst vor 14 Tagen informierte der Rechtshilfefond Atomerbe Grohnde e.V in einer Pressemitteilung:

"Flugzeugabstürze oder terroristische Angriffe auf das AKW Grohnde können in kurzer Zeit zu so hohen Freisetzungsfaktoren führen, dass Anwohner tödlich bedroht sind. Das hat die Physikerin Oda Becker in einem Gutachten festgestellt, das am Freitag in Hannover vorgestellt wurde. Seit Oktober 2015 klagen Anwohner aus Grohnde und Bodenwerder gegen den Betrieb des AKW. Sie fordern eine zügige Durchführung des Verfahrens vor dem OVG Lüneburg und vollständige Aktenorlage durch das Umweltministerium."

Weitere Hintergrundinformationen zum AKW Grohnde und zum Klageverfahren unter

<http://www.grohnde-kampagne.de>

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten:

<http://bbu-online.de>,

<http://www.facebook.com/BBU72>.

Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

0228-214032.